

Nach der Bundestagswahl Akuter Handlungsbedarf

Aus Sicht der Pflegeunternehmen ist die – weitgehend unkoordinierte – Pflegepolitik in Bund und Ländern wahrlich kein Ruhmesblatt. Der **Arbeitgeberverband Pflege** hat die Kritik konkretisiert und fordert: „Deutschland braucht endlich ein modernes Einwanderungsgesetz und ein eigenständiges Altenpflege-Ministerium, ersatzweise ein Zentralreferat Altenpflege im Kanzleramt.“



Fotos: Holger Göpel

Friedhelm Fiedler: „Niemand will in die Altenpflege? Das ist absoluter Quatsch!“

Trotz der vielfältigen pflegepolitischen Aktivitäten der schwarz-roten Bundesregierung in der ablaufenden Legislaturperiode sieht der **Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)** noch erhebliche Defizite: „Die Altenpflege-Politik ist nicht zukunftsfest aufgestellt. Sie ist ein Tanker ohne Kapitän. Wir brauchen ein eigenständiges Altenpflegeministerium, ein modernes Einwanderungsgesetz als Baustein zur Lösung des Fachkräftemangels und endlich von der neuen Bundesregierung ein glasklares Bekenntnis zur stationären Pflege - in Wort und Tat“, so AGVP-Präsident **Thomas Greiner** bei einem Pressegespräch in Berlin.

Greiner kritisierte die bisherige Altenpflegepolitik: „Bei den nicht abgestimmten Aktivitäten von mindestens drei beteiligten Bundesministerien, 16 Landesregierungen, unterschiedlichen Kostenträgern und vielen weiteren Akteuren entsteht für die Pflegeunternehmen und die Pflegenden vor Ort ein Chaos. Bundesweit gibt es derzeit 48 Rahmenverträge, das ist kaum noch zu managen. Es wird höchste Zeit, dass die Altenpflege den großen Stellenwert bekommt, den sie angesichts der demografischen Entwicklung haben muss. Zudem darf die stationäre Altenpflege nicht zum Auslaufmodell werden. Die stationäre Altenpflege ist der schwer angeschlagene Verlierer in der pflegepolitischen Bilanz der Großen Koalition.“ Der Druck auf die Margen habe die Folge, dass kleinere Pflegeunternehmen schon hätten aufgeben müssen. Deutlich wandte sich Greiner gegen die mit dem PSG III „quasi über Nacht“ eingeführte Nachweispflicht der Zahlung von Tariflöhnen. Das hebele den Wettbewerb aus, sei unternehmerisch ein Unding.

Mit der massiven Bevorzugung ambulanter Strukturen im Leistungsrecht sei zudem ein Effekt eingetreten, den die Ministerialen im BMG so selbst nicht gewollt und vorhergesehen hätten, will Grei-

ner erfahren haben: „Durch die Kombination von Leistungen ist die ambulante Betreuung und Pflege viel teurer als die stationäre - bei geringeren baulichen und personellen Anforderungen. Da wird es ein PSG IV oder V geben, um das zu korrigieren.“

Ferner müsse die Benachteiligung der Pflegebedürftigen in der stationären Pflege bei der Refinanzierung von Leistungen, insbesondere bei der Behandlungspflege, sofort gestoppt werden. In der Summe forderte Greiner eine Gleichstellungen der Leistungen ambulant und stationär, unabhängig vom Wohnort des Pflegebedürftigen: „Da wollen wir die Wahlfreiheit für den Betroffenen und seine Angehörigen.“

Um weiterhin Bürokratie abzubauen und die Unternehmen zu entlasten, sollten in allen Bundesländern pauschale Vergütungsverhandlungen für die Erstattung von Personal- und Sachkosten eingeführt werden. Greiner, selbst jahrelang **Kursana**-Chef, verwies auf die Notwendigkeit, die Unternehmen in einem politisch und rechtlich verlässlichen Rahmen wirtschaften zu lassen.

Viele wollen in die Altenpflege

„Sehr viele junge Menschen haben sich - allen Unkenrufen aus Politik und manchen Medien zum Trotz - in den vergangenen Jahren für eine Ausbildung in der Altenpflege entschieden“, ergänzte **Friedhelm Fiedler**, Vizepräsident des Arbeitgeberverbandes Pflege. „Das Gerede, niemand wolle in die Altenpflege, ist purer Quatsch. Wir verzeichnen im Gegensatz zu den meisten anderen Berufen wahre Ausbildungsrekorde.“ Derzeit seien rund 70.000 Azubis in der Altenpflege-Ausbildung. Auch sei die Vergütung in der Altenpflege, auch schon in der Ausbildung, weitaus besser als in vielen vergleichbaren Berufen.

Die Altenpflege sei vielmehr ein Jobmotor. Fiedler: „Von 1999 bis 2015 ist die Zahl der in der Alten-

Entwicklung Altenpflege-Azubis

- 2004/05: 45.000
- 2010/11: 52.000
- 2015/16: 68.000

Daten & Fakten

pflege Beschäftigten um 461.000 auf über 1 Million angestiegen. Trotzdem haben wir weitere große Herausforderungen bei der Personalgewinnung zu meistern.“ Bis 2030 müssten mindestens weitere 300.000 Menschen als Fachkräfte in der Altenpflege gewonnen werden. Ansatzpunkt sei die Gewinnung von Interessenten für diesen Beruf im In- wie im Ausland. Im Inland fordert der AGVP die Umlagefinanzierung der Ausbildung in allen Bundesländern statt Schulgeldpflicht, die es z.B. immer noch in Berlin, Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern gibt. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflegenden sei zudem die Einführung einer verbindlichen Personalbemessung erforderlich - jetzt, nicht erst nach 2020.

„Viele Fachkräfte aus EU-Mitgliedsstaaten unterstützen uns bereits heute in der Altenpflege. Aber das reicht nicht aus. Wir brauchen zusätzlich auch Mitarbeiter aus Drittstaaten, die bei uns entweder eine hochwertige Altenpflegeausbildung absolvieren oder die als ausgebildete Fachkraft arbeiten. Sie zu gewinnen ist wegen der vielen lähmenden bürokratischen Hürden auf deutscher Seite meist sehr zeitaufwendig und oft auch nervend. Deshalb

fordern wir die Politiker aller Parteien auf: Macht endlich ein modernes Einwanderungsgesetz, wie viele andere Länder das längst haben, und der Anerkennungsprozess muss zentralisiert werden und deutlich zügiger vonstattengehen“, so Fiedler. Er ist auch Mitglied der **Pro Seniore**-Geschäftsleitung. Seinen Aussagen zufolge arbeiten beim größten privaten inhabergeführten Pflegeheimbetreiber in Deutschland, der ProSeniore-Gruppe, bereits jetzt Menschen aus 24 Nationen.

Der AGVP hatte in einem Pilotprojekt Pflegefachkräfte aus China gewinnen können. Greiner und Fiedler bestätigten, dass diese alle Prüfungen ohne Probleme bestanden hätten und die Einrichtungen positive Erfahrungen mit ihnen gemacht haben. Nur: Zwei Drittel von ihnen sind inzwischen in Krankenhäusern tätig. Neben anderen asiatischen Ländern wie die Philippinen oder Vietnam könnten zunehmend junge Menschen aus Afrika für die Pflege in Deutschland gewonnen werden. „20% der Pflegenden aus Drittländern, das würde uns helfen“, so Fiedler. Noch müssten sie aber z.T. monatelang auf ein Visum der deutschen Behörden warten.

Holger Göpel

„Die Pflegeunternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen.“



Thomas Greiner,
AGVP-Präsident